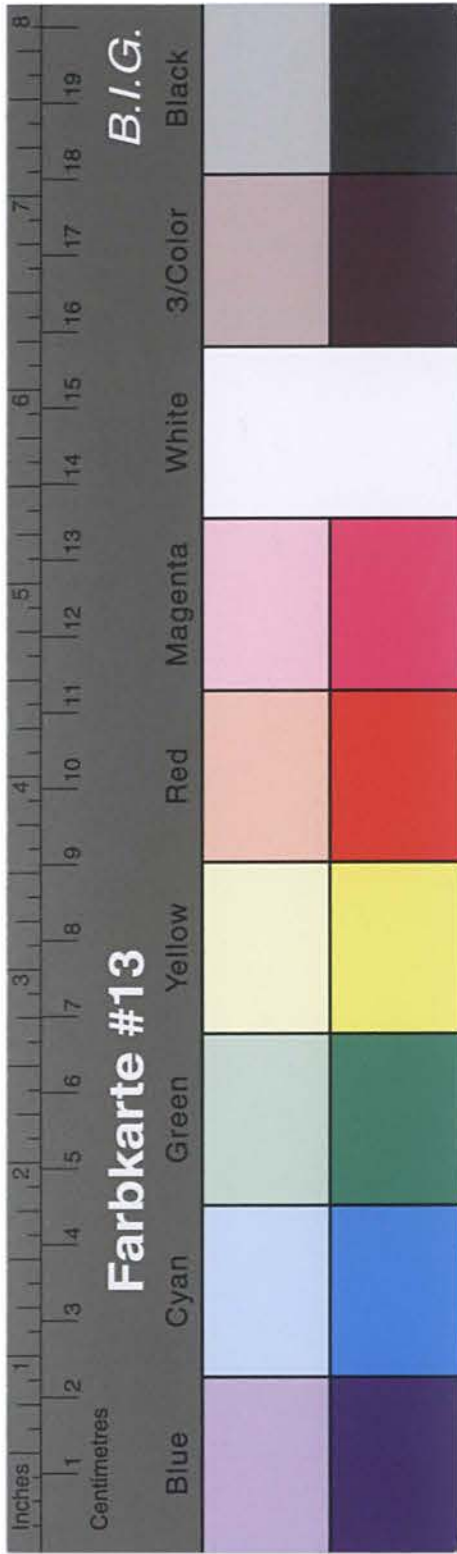


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand _____

755



Kreisarchiv Stormarn B2

Formular Nr.

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis Stormarn

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familiennam: Seyffarth Rufname: Hans
(bei Frauen auch Geburtsname) ☒ männlich ☐ weiblich ☐ verh. ☐ verw. ☐ gesch. *)

Geburtstag: 12. 3. 98 Geburtsort: Rostock / Meckl.

Gegenwärtige Anschrift: **Hans Seyffarth**
staatl. gepr. Dentist
Heisdorf/Trittau-Land

Beruf und Beschäftigung: **Heisdorf/Trittau-Land**

Art des Personalausweises und dessen Nummer:

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger: 1 Sohn, 21 Jahre

Grund der Gefangensetzung:

In Haft in vom bis

Name der Person, die Sie angezeigt hat:

Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat:

Verurteilt durch:

am: Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer:

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise?

Aus welcher Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten?

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten:
Aus vorgerichteter Gründung meine Ehe mit einer nicht in der
Frau Wiedemann wurde am 1. 1. 1945 für die Dauer von 10 Jahren
(1935-1945) die Zulassung zu den nicht in der Kreisarchiv
Stromen verwirklicht. (Streichung aus dem Kreisarchiv)

Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin.
Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz
der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme
des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum Heisdorf, d. 8. Juli 1949 Unterschrift Hans Seyffarth

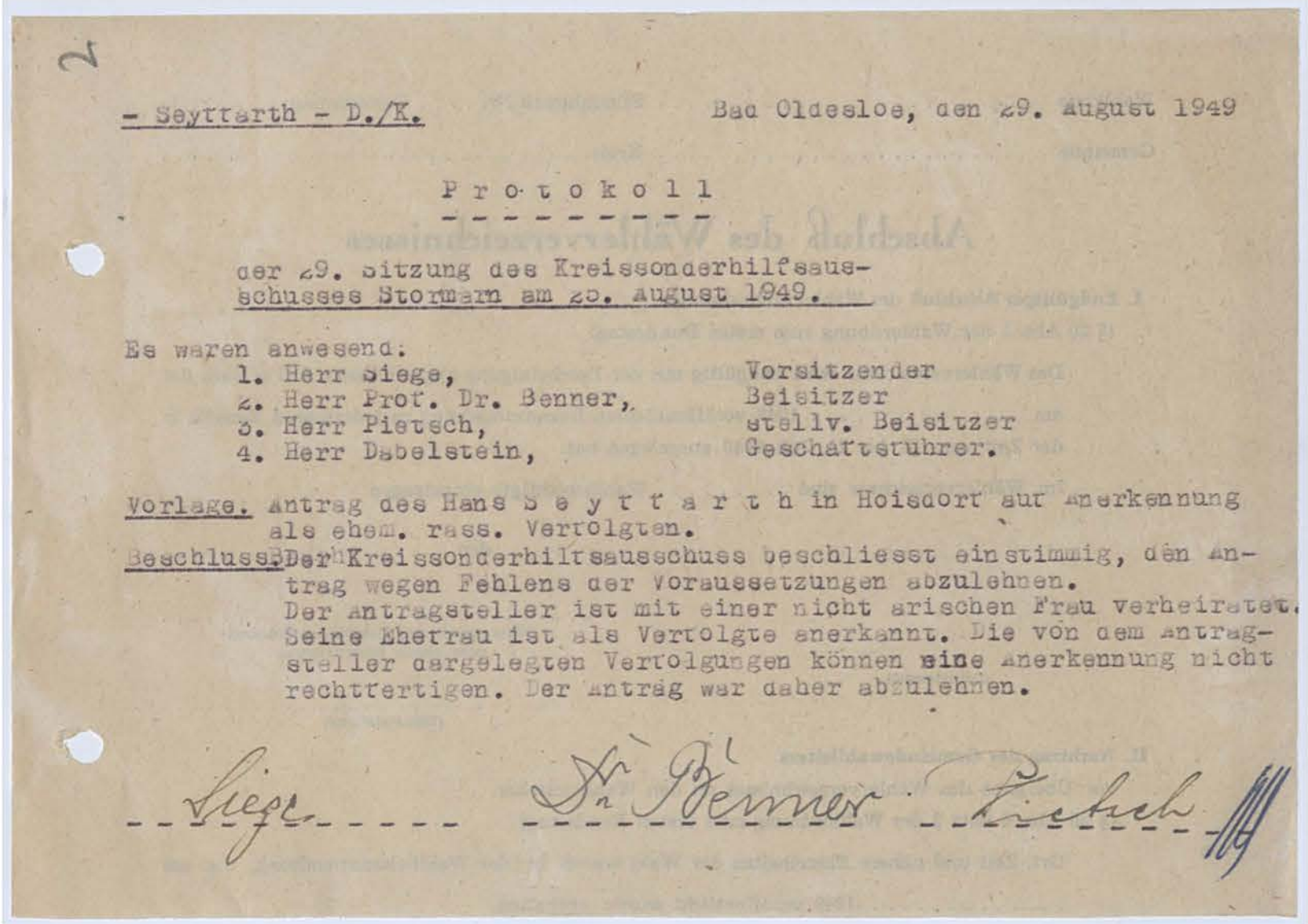
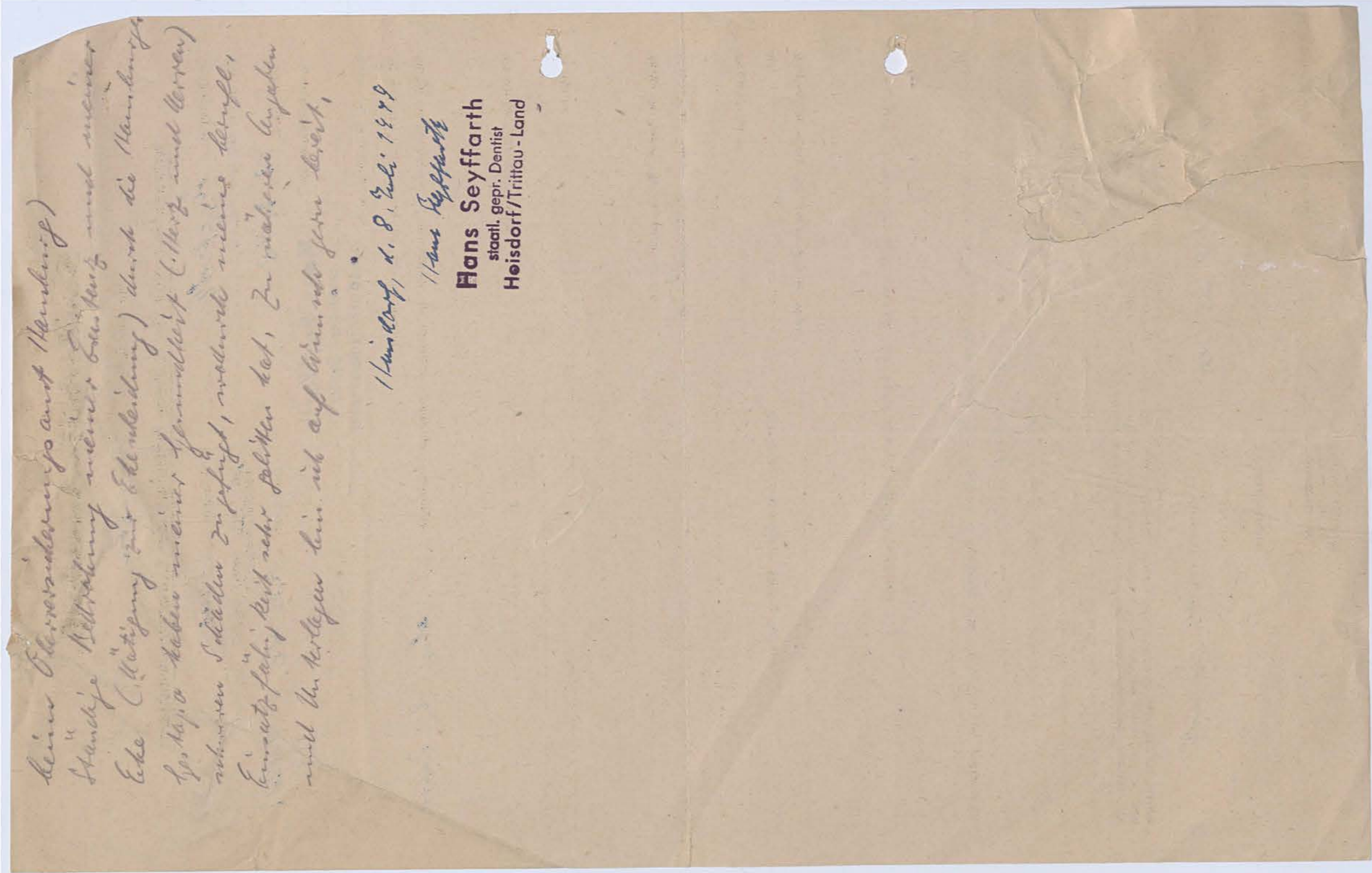
Datum Gegenunterschrift

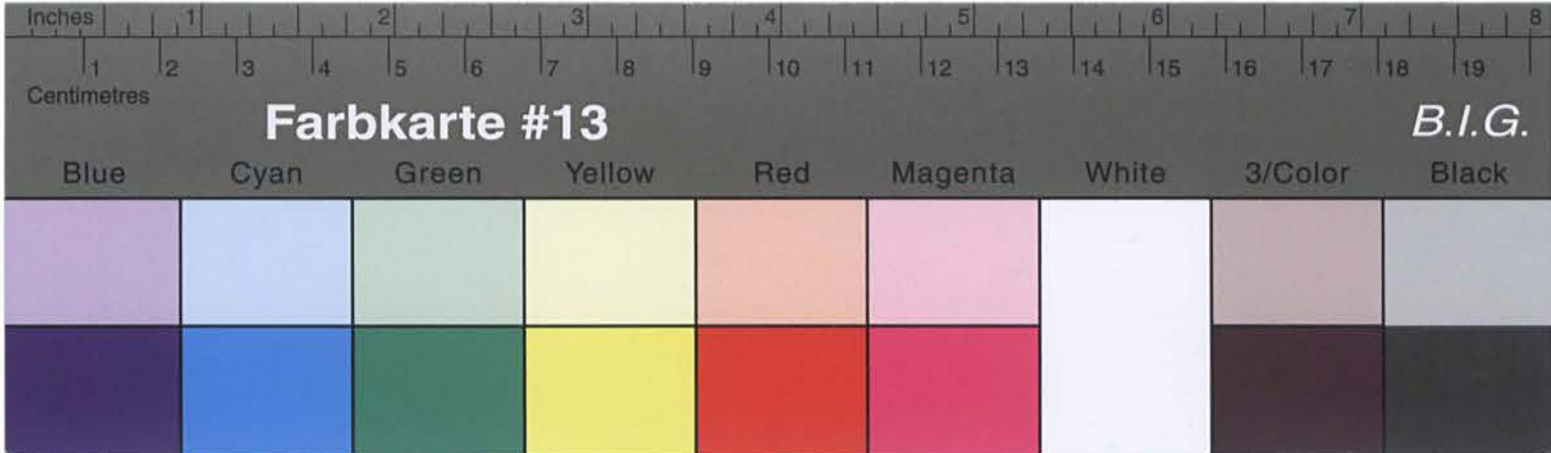
*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Eigenschaft der Person, die die Gegenunterschrift vollzieht

FDU, CCG, 3196 315M 1235

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Wahlkreis Stimmbezirk Nr. Bezeichnung:

Gemeinde Kreis.

Abschluß des Wählerverzeichnisses

I. Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses.
(§ 20 Abs. 1 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Das Wählerverzeichnis wird endgültig mit der Bescheinigung abgeschlossen, daß es nach der
am 1949 veröffentlichten Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht in
der Zeit vom 18. bis 24. Juli 1949 ausgelegen hat.

Im Wählerverzeichnis sind Wahlberechtigte eingetragen.

. den

.
(Unterschrift des Gemeindevahlleiters
oder seines Beauftragten)

(Dienstseigel)
(Dienststellung)

II. Nachtrag des Gemeindevahlleiters
vor Übergabe des Wählerverzeichnisses an den Wahlvorsteher.
(§ 20 Abs. 6 Satz 2 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Ort, Zeit und nähere Einzelheiten der Wahl waren in der Wahlbekanntmachung, die am
. 1949 veröffentlicht wurde, enthalten.

Ich habe bei dem Kreisverwaltungsamt in Bad Oldesloe den Antrag
auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gestellt. Zur Vervollständigung meiner Personalkarte bei dem Kreisverwaltungsamt gebe ich hiermit
folgende Erklärung an: Nach dem ich auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung, insbesondere die Strafbarkeit einer falschen derartigen Erklärung beehrt worden bin.

(x) Ich bin niemals Mitglied der NSDAP, oder ihrer Gliederungen gewesen.

(x) Ich bin Mitglied folgender Organisationen gewesen:

NSDAP	vom	bis
SS	vom	bis
HJ	vom	bis
SA	vom	bis
NSD	vom	bis
NSKK	vom	bis

in und gab folgende Erklärung ab:

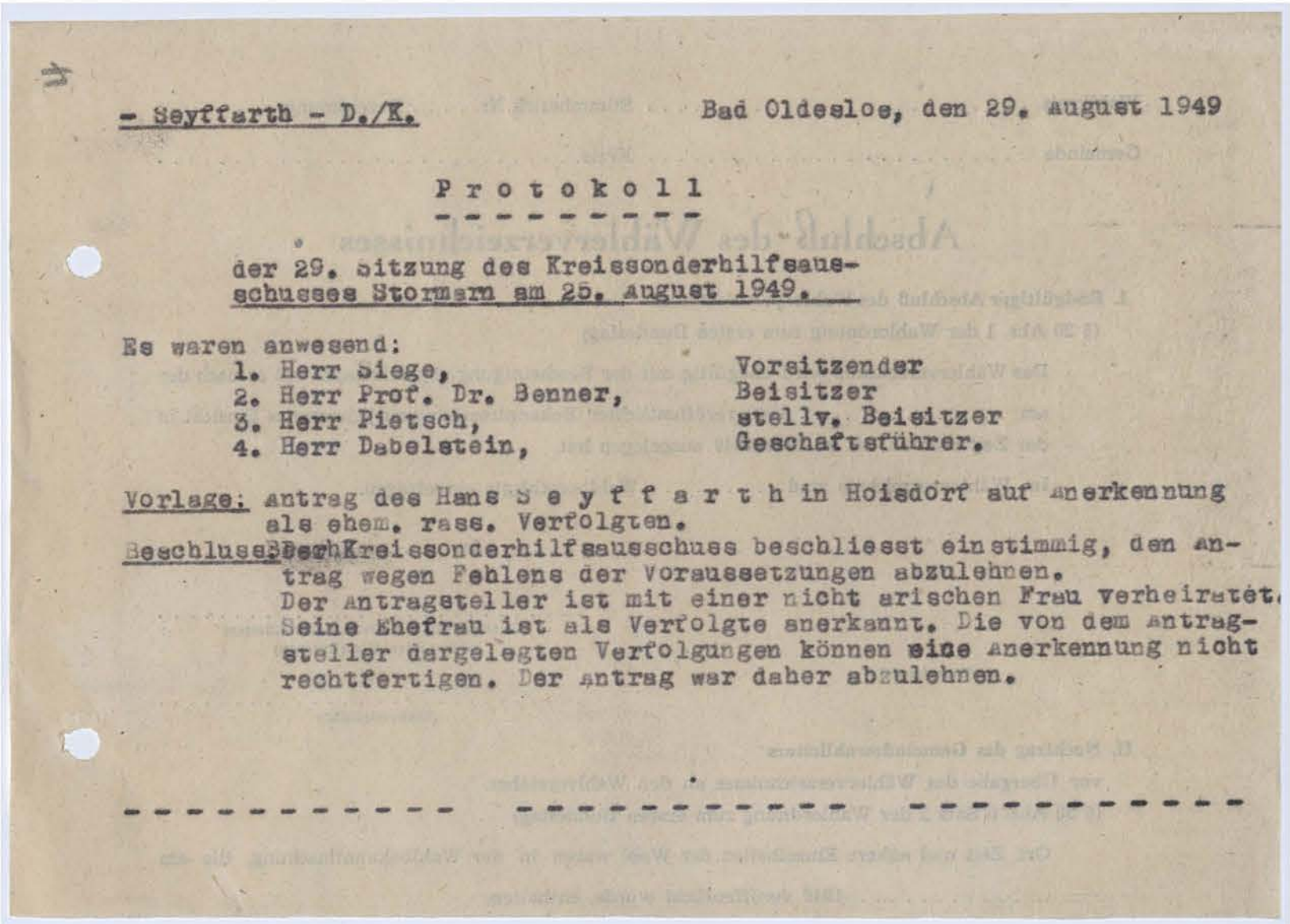
wohnhaft in (Name) gab 12.2.98

Vorgeladen erschienen heute vor der Amtsstelle

Boon Stuyffort
Rocher/Kocher

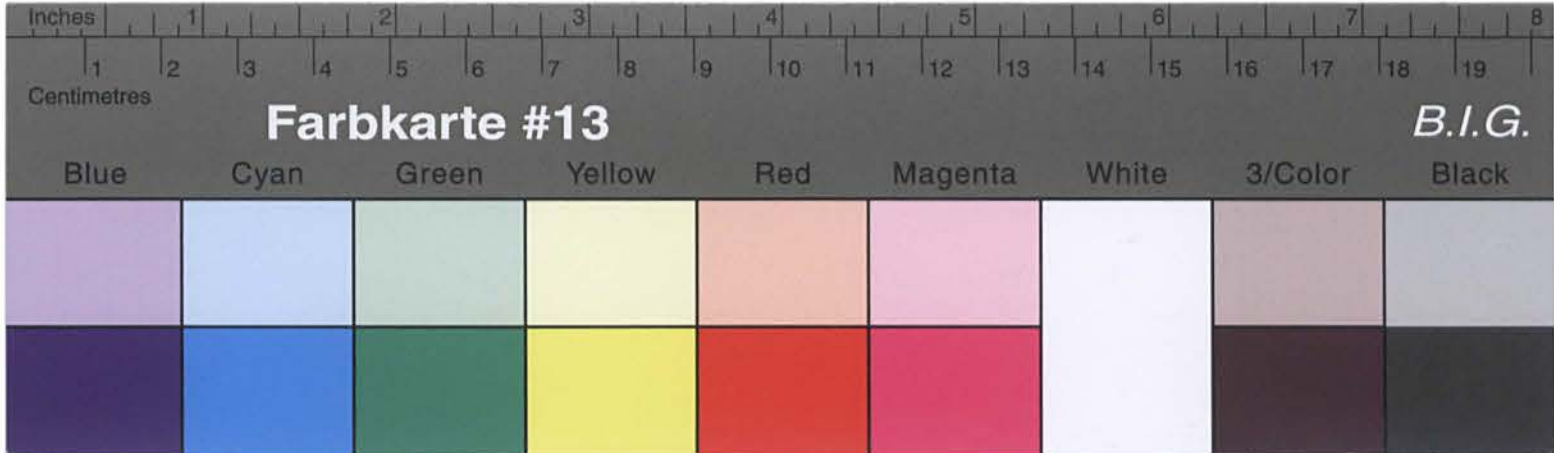
Eidesstattliche Erklärung.

3



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Wahlkreis Stimmbezirk Nr. Bezeichnung:

Gemeinde Kreis.....

Abschluß des Wählerverzeichnisses

I. Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses.
(§ 20 Abs. 1 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Das Wählerverzeichnis wird endgültig mit der Bescheinigung abgeschlossen, daß es nach der am 1949 veröffentlichten Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht in der Zeit vom 18. bis 24. Juli 1949 ausgelegen hat.

Im Wählerverzeichnis sind Wahlberechtigte eingetragen.

....., den

.....
(Unterschrift des Gemeindevahlleiters
oder seines Beauftragten)

.....
(Dienststempel)

.....
(Dienststellung)

II. Nachtrag des Gemeindevahlleiters
vor Übergabe des Wählerverzeichnisses an den Wahlvorsteher.
(§ 20 Abs. 6 Satz 2 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Ort, Zeit und nähere Einzelheiten der Wahl waren in der Wahlbekanntmachung, die am 1949 veröffentlicht wurde, enthalten.

Im Auftrage: *[Signature]*

nach Eingabe des Wählerverzeichnisses

dem Kreisanderholtsaueschne in Kiel zu. Ihre Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreisanderholtsaueschne in Bad Oldesloe einzureichen. *Frstl. 1 Monat*

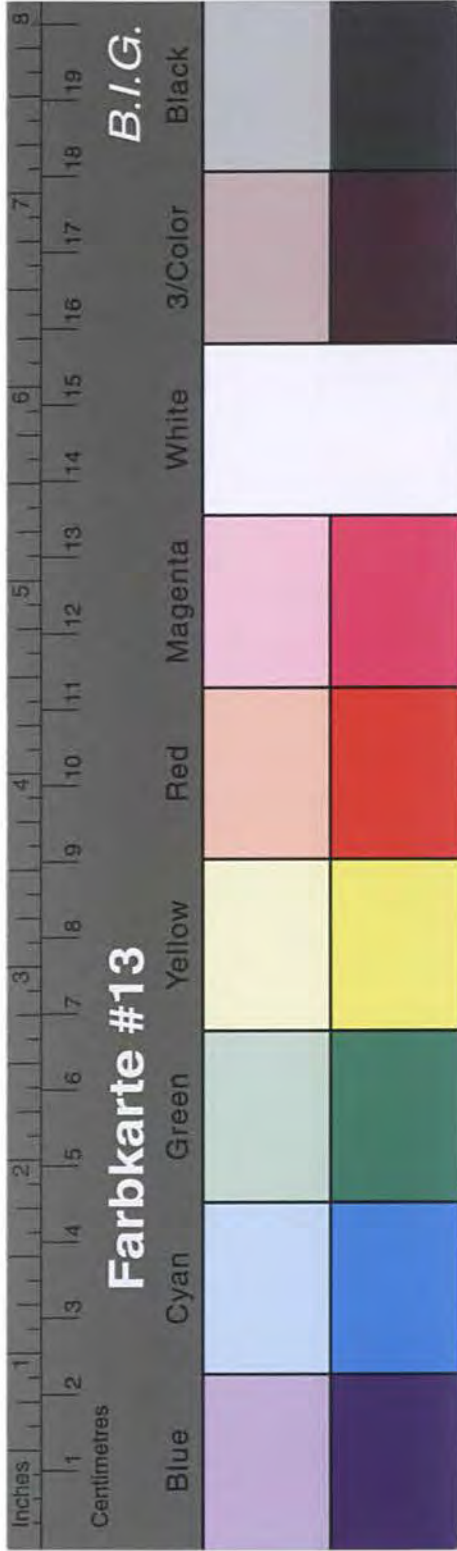
Gegen diese Entscheidung steht Ihnen das Recht einer Beschwerde an den Landesanderholtsaueschne zu. Ihre Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreisanderholtsaueschne in Kiel zu. Ihre Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreisanderholtsaueschne in Bad Oldesloe einzureichen. *Frstl. 1 Monat*

Vertretungsangelegenheiten für eine Anerkennung nicht angeschlossen werden. Vertretungen aus Anlass Ihrer Ehe mit einer nicht arischen Frau können als Ihre Ehefrau ist als rass. Vertretung anerkannt. Die von Ihnen dargestellten 25. d. M. Ihre Anerkennung wegen Fehlen der Voraussetzungen abgelehnt hat. 8.7.49 mitgeteilt, dass der Kreisanderholtsaueschne in der Sitzung vom In Ihrer Betreuungsangelegenheit wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 4/413-Kreisanderholtsaueschne - - Bayreuth - D./K. -

Einzeichnen

2. 30/8

28. August 1949



Kreisarchiv Stormarn B2

Wahlkreis Stimmbezirk Nr. Bezeichnung:
Gemeinde Kreis:

Abschluß des Wählerverzeichnisses

I. Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses.
(§ 20 Abs. 1 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Das Wählerverzeichnis wird endgültig mit der Bescheinigung abgeschlossen, daß es nach der am 1949 veröffentlichten Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht in der Zeit vom 18. bis 24. Juli 1949 ausgelegen hat.

Im Wählerverzeichnis sind Wahlberechtigte eingetragen.

..... den

(Dienststempel)
(Unterschrift des Gemeindevahlleiters oder seines Beauftragten)

II. Nachtrag des Gemeindevahlleiters
vor Übergabe des Wählerverzeichnisses an den Wahlvorsteher.
(§ 20 Abs. 6 Satz 2 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Ort, Zeit und nähere Einzelheiten der Wahl waren in der Wahlbekanntmachung, die am 1949 veröffentlicht wurde, enthalten.

Kreisverwaltung des Kreises Stormarn
in Bad O l d e s l o e
=====

Sin-

Der Oberfinanzpräsident
Schleswig-Holstein
LA 8610 - 15 a
B 2 20750

Kiel, 28. März 1950

Betrifft: Antrag des Dentisten Hans Seyffarth in Heisdorf/
Trittau-Land auf Erlaß von Zinsen aus Umstellungs-
grundschulden

Der Antragsteller will beim Kreisonderhilfsauschuß unter dem Aktenzeichen 4 - 1/9 - (Herr Dabelstein) einen Wiedergutmachungsanspruch in Höhe von 40 000,- RM angemeldet haben, da er durch nationalsozialistische Unterdrückungsmaßnahmen wegen seiner politischen Haltung und seiner Rasse wesentliche wirtschaftliche Nachteile erlitten habe.

Zur Entscheidung über eine Beschwerde wegen Erlaß von Leistungen auf Umstellungsgrundschulden bitte ich um Mitteilungs-
lung;
1. ob und ggf. in welcher Höhe der Anspruch berechtigt ist,
2. wann mit der Auszahlung der Entschädigung zu rechnen ist und
3. ob Bedenken dagegen bestehen, daß die Forderung mit

7

11. April 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss
- Seyffarth - D./k.

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten
Schleswig - Holstein
in K i e l

In der Wiedergutmachungssache des Dentisten Hans Seyffarth in
Hoisdorf wird unter Bezugnahme auf die dortige Anfrage vom 28.3.50 mitge-
teilt, dass Seyffarth einen Wiedergutmachungsanspruch hier nicht hat. Als
Wiedergutmachungsberechtigte käme voraussichtlich nur seine Ehefrau infrage.
Zu der Anfrage, wann mit der Auszahlung der Entschädigung zu rechnen ist,
kann keine Stellung genommen werden, da ein Wiedergutmachungsgesetz im Lan-
de Schleswig - Holstein noch nicht vorliegt. Auch Wiedergutmachungsämter
wurden bisher nicht gebildet. Wiedergutmachungsansprüche können gegenwärtig
nur geltend gemacht werden nach dem Landesgesetz Nr. 38 und 77. Ansprüche
nach dem Landesgesetz 77 (Haftentschädigungsgesetz) können nach Festsetzung
durch die Landesregierung Schleswig - Holstein abgetreten werden. Ansprü-
che nach dem Gesetz 38 (Rentengesetz) sind nicht pfändbar und abtretbar.

Im Auftrage:

Einwilligung des Berechtigten ganz oder zum Teil an
den Oberfinanzpräsidenten als Vertreter des Treuhandver-
mögens für Umstellungsgrundschulden abgetreten wird.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



siek, den 16. November 1950.

des Kreisb. v. Marn
20 NOV. 1930
127. 11. 11.

Der Genannte legt den beigelegten Antrag auf einem Formblatt der Soforthilfe vor, mit der Bitte ihm aufgrund seiner Wiedergutmachungsansprüche bis zum 20.11.1950 eine Beihilfe zu gewähren. Der Antrag wird zutätigkeitshalber dort vorgelegt.

2 Anlagen.

Lenny

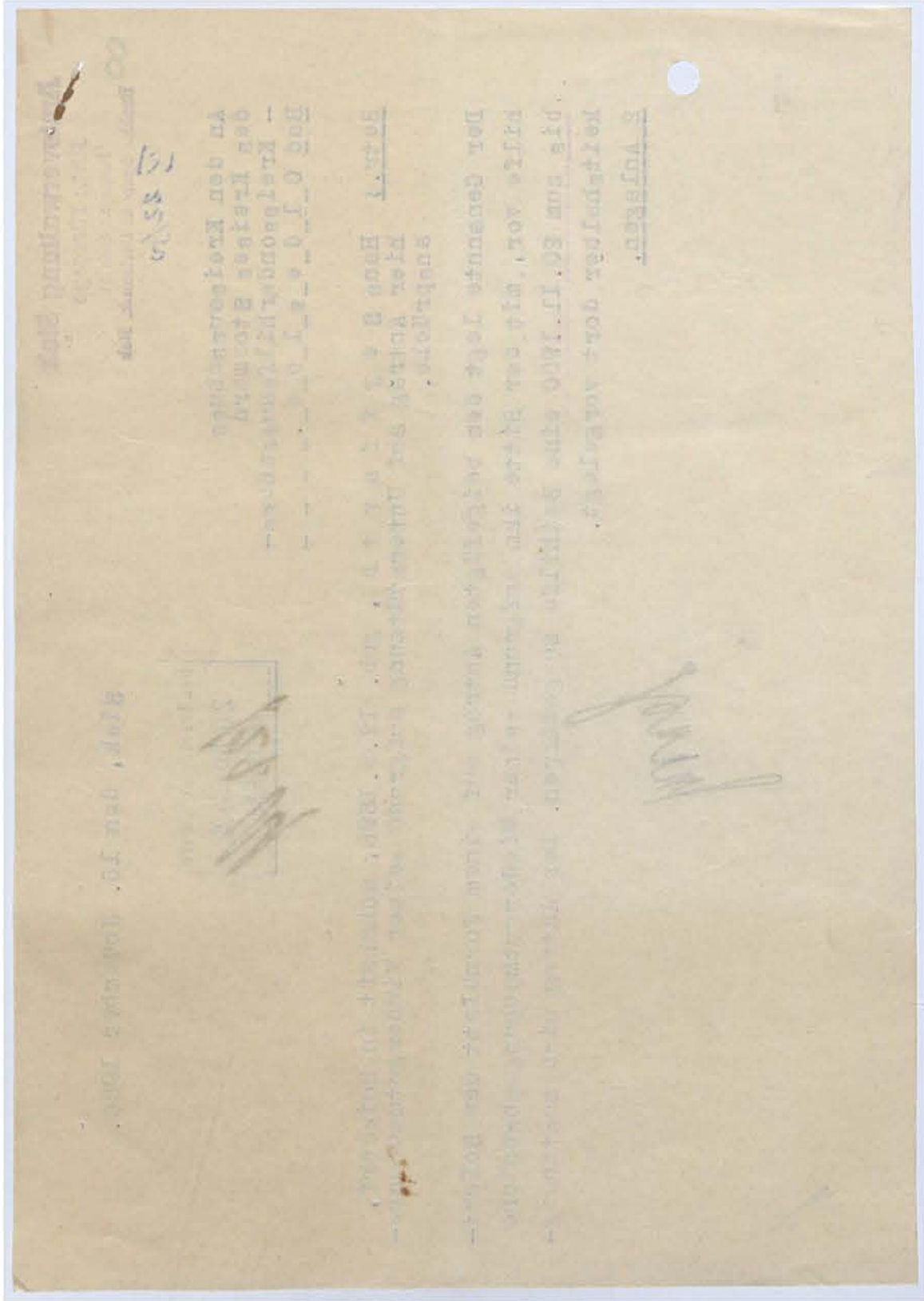
II* NDLIT 1820

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Flüchtling	Sachgeschädigter	Währungs- geschädigter	Politisch Verfolgter
Amt Siek Eingetragen am 1 3. NOV. 1950 Abtig. Anl.			
9			
(Geschäftszeichen)			
Hauptantrag			
auf Gewährung von Soforthilfe nach dem Soforthilfegesetz (SHG)			
Zu beachten: <i>auch Wiedergutmachungsanspruch</i>			
<p>a) Alle Fragen erschöpfend beantworten, soweit nicht „ja“ oder „nein“ oder „entfällt“ genügt. Falls der Platz nicht ausreicht, besonderes Beiblatt beifügen.</p> <p>b) Alle Formblätter mit Schreibmaschine oder Blockschrift ausfüllen.</p> <p>c) Wird der Antrag <u>nur</u> für eine andere Person gestellt, z.B. vom Vormund, von Bevollmächtigten, dann beziehen sich alle Fragen und Angaben auf diese andere Person.</p> <p>d) Versicherung am Schluß <u>vor</u> Ausfüllung des Vordruckes lesen!</p>			
Fragen an den Geschädigten	Angaben des Geschädigten		Vermerke
I. Zur Person des Geschädigten			
1. Personalien	1. <i>Herrn Seyffarth</i> Name, Vorname, bei Antragsberechtigten Frauen auch Geburtsname <i>12. 3. 98.</i> Geburtsdatum, Geburtsort, (Ort, Kreis, Land)		
2. Anschrift	2. a) <i>Königsdorf a/ Hainsburg</i> von <i>1943</i> bis <i>heute</i> b) <i>/</i> von <i>/</i> bis <i>/</i> c) <i>Hainsburg 6</i> <i>Hainsburg 34</i> von <i>1947</i> bis <i>1949</i>		
3. Falls nach dem 20. 6. 1948 aus Kriegs- gefangenschaft entlassen oder aus Gebieten außerhalb der 4 Besatzungs- zonen und der Stadt Berlin vertrieben: Wann und woher?	3. <i>/</i>		
4. Welchen Beruf haben Sie	4. a) <i>Berufist</i> b) <i>Berufist</i>		
a) erlernt? b) bis zur Schädigung ausgeübt?	5. <i>Berufist, selbständig</i>		
5. Jetzige Erwerbstätigkeit (wenn nicht selbständig, auch Anschrift des Arbeit- gebers):	6. a) <i>/</i> b) <i>/</i>		
6. Falls nicht erwerbstätig: a) Warum nicht? b) Wovon haben Sie bisher Ihren Le- bensunterhalt bestritten?	7. <i>/</i>		
7. Familienstand bei alleinsteh. Frauen : (Ledig, verwitwet, geschieden, getrennt lebend, Ehemann kriegsgefangen oder außerhalb der vier Besatzungszonen u. der Stadt Berlin festgehalten oder un- bekannten Aufenthalts.) (Entsprechende Nachweise beifügen!)	8. <i>/</i>		
Bei Urkunden ist die ausstellende Behörde, das Datum und die Nummer anzugeben. Abschriften sind erwünscht.)	9. <i>Oldesloe</i>		
8. Bei Vollwaisen: Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters gegebenenfalls auch des Unterhalt pflichtigen:	9. <i>/</i>		
9. Jetzt zuständiges Finanzamt	9. <i>/</i>		

(Formblatt 1) G. Christiansen, Itzehoe DQ 257 4662 5000 9. 49 Kl. A



Kreisarchiv Stormarn B2

II. Zur Person der Angehörigen				
10. Welche Angehörigen haben Sie zu unterhalten? <small>(Als Angehörige kommen hier nur in Betracht: Die im Haushalt lebende Ehefrau, eheliche oder für ehelich erklärte Kinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder, Stiefkinder, Pflegekinder, im Haushalt des Antragstellers lebende Enkelkinder, deren Eltern verstorben oder zur Erfüllung ihrer Unterhaltspflicht außerstande sind, können ebenfalls aufgeführt werden. Kinder kommen nur in Frage, soweit nicht von anderer Seite für die Zahlungen geleistet werden. Alle diese Kinder sind hier nur bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres aufzuführen; bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres können Kinder dann aufgeführt werden, wenn sie in Berufsausbildung stehen oder wegen Gebrechlichkeit besonderer Pflege bedürfen.)</small>				
Name, Vorname	Geboren am	Verwandschafts- verhältnis zum Geschädigten	Bei Kindern von über 15 bis zu 18 Jahren: Beruf bzw. Art der Berufsausbildung oder etwa bestehende Gebrechlichkeit, die besondere Pflege erfordert	Vermerke
a) Elisabeth Seyffarth	15.12.03	Chiefran		
b) Hans-Herrn Seyffarth	30.3.29	Sohn	Leitung Fabriktechnik	
c)				
d)				
e)				
f)				

III. Arten der Schädigung	
11. In welcher Eigenschaft stellt Sie d. Antrag? <small>(Von den Fragen 12 bis 15 sind nur die zutreffenden zu beantworten.)</small>	11. Als Flüchtling, Sachgeschädigter, Währungsgeschädigter, politisch Verfolgter <small>(Zutreffendes unterstreichen)</small>
12. Falls Flüchtling: a) Welche Unterlagen über Ihre Flüchtlingseigenschaft besitzen Sie? <small>(Abschriften sind erwünscht. Auf den Zeitpunkt der Flucht, Vertreibung usw. ferner auf Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit besonders eingehen.)</small>	12. a) Flüchtlingsausweis Nr. _____ ausgestellt am _____ von _____ Sonstige Unterlagen _____ b) _____
13. Falls Sachgeschädigter: a) Ort und Zeitpunkt der Schädigung b) Art und Ursache der Schädigung c) Bei Schäden an Grundbesitz und Betriebsvermögen: 1. Wie hoch waren die Einheitswerte? 2. Falls Teilschäden vorliegen, welchen Bruchteil umfassen sie? d) Bei Verlust von Hausrat: 1. Haben Sie den gesamten Hausrat od. einen Teil verloren, gegebenenfalls welchen Bruchteil? 2. Welcher Betrag ist hierfür bei der Schadensfestst.-Behörde angemeldet? 3. Wie groß war die Wohnung (Wohnräume und Zubehör)? 4. Wieviel Familienangehörige (einschl. Ihrer Person) lebten z. Zt. der Schädigung in Haushaltsgemeinschaft in der Wohnung und wieviel Kinder bis zu 15 Jahren befanden sich darunter? 5. Durchschnittliches Jahreseinkommen 1937, 1938, 1939? e) Bei welcher Schadensfeststellungsbehörde haben Sie bereits einen Antrag auf Feststellung des Sachschadens gestellt und welcher Bescheid ist darauf ergangen? <small>(Datum, Aktenzeichen mit angeben! Wenn nicht vorhanden, Bestätigung der Gemeinde-Polizei-Behörde beifügen.)</small> Haben Sie auf Ihren Antrag bereits Zahlungen erhalten? Wenn ja, wann, für welche Schäden und in welcher Höhe?	13. a) ausgebrochen am 24./25. Juli 1943 b) in Hamburg 6, Altonaer Str. 3A c) 1. _____ c) 2. _____ d) 1. Totalverlust, Hausrat + Wohnung d) 2. _____ d) 3. 4 1/2 Zimmerwohnung, Bad + WC d) 4. 3 Personen meine Frau, ich u. unser Sohn d) 5. kann ich nicht mehr sagen. e) Antrag 24.4.43 Feststellungsbehörde " 2.2.43 Hbg. 1 Johanniswall 4 " f. Wohnung AL. K 229943 " f. Hausrat " 135857 f. g. Sept. 10/11 1943 1) Hbg. 5000 - K 280943 Bremen " in Oldesloe unter 2 " 4.850 - K 279943 Hamburg 14. a) 4.309,- 09/9468 Kreissparkasse Stormarn Herrn Dr. Herrndorf

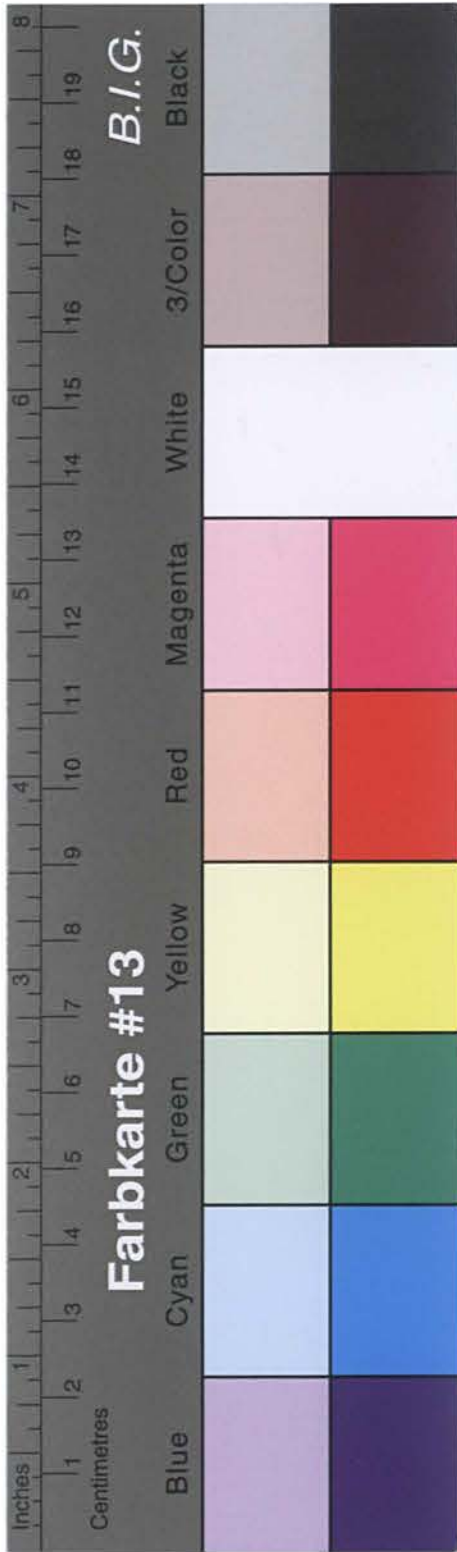
F. Abschrift: 10

Ausweis bezw. Unterlagen f. d. polit. Verfolgung: Bescheinigung des Verbundes Deutscher Dentisten.

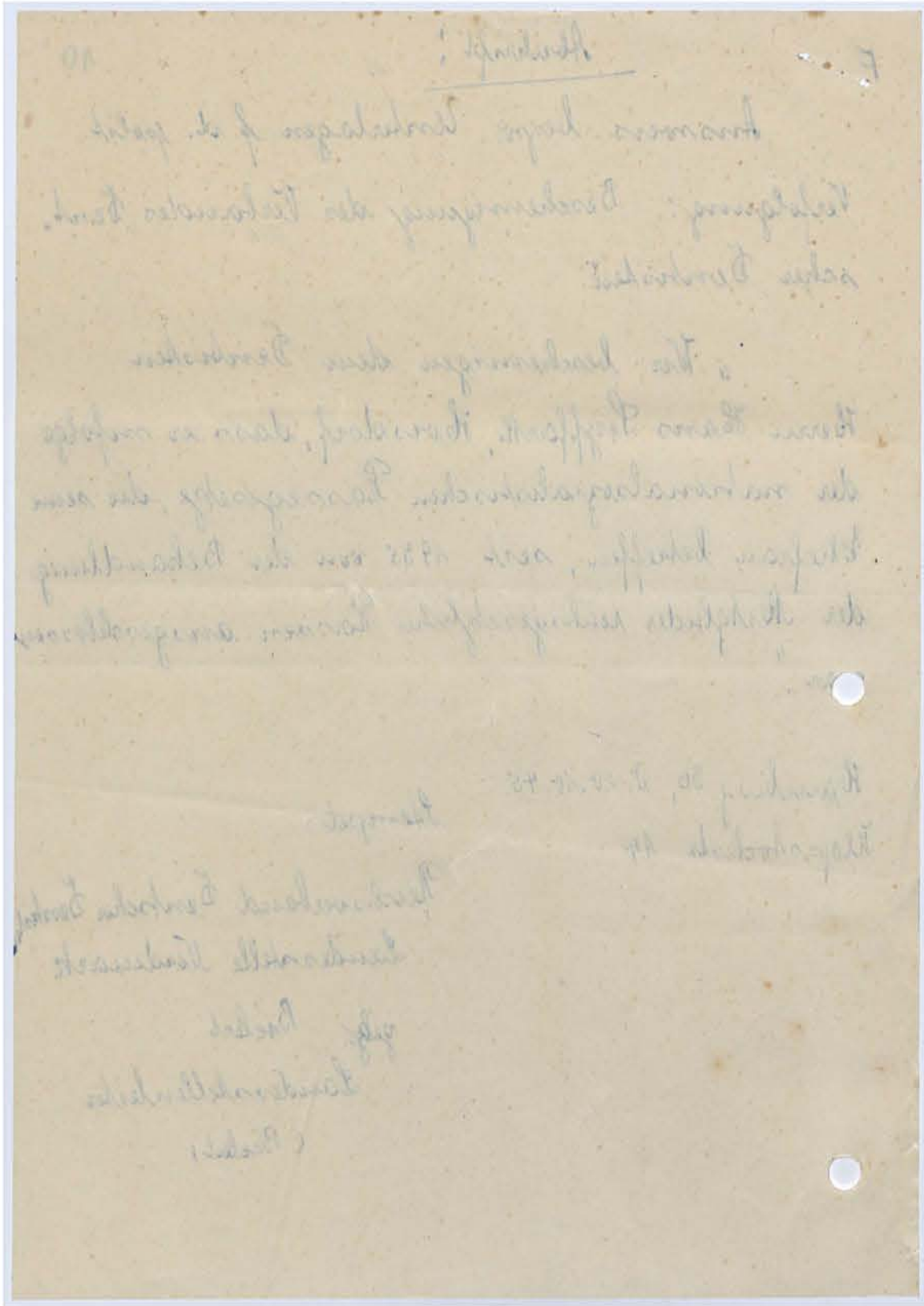
" Wir bescheinigen dem Dentisten Herrn Hans Seyffarth, Boissdorf, dass er infolge der nationalsozialistischen Rassegesetze, die sein Ehefrau betreffen, seit 1935 von der Behandlung der Mitglieder reichsgesetzlicher Kassen ausgeschlossen ist."

Hamburg 36, d. 20.10.45.
Klopstockstr. 14

Stempel:
Reichsverband Deutscher Dentisten
Landesstelle Nordmark
gez. Brielert
Landesstellenleiter
(Brielert)



Kreisarchiv Stormarn B2



11

b) Falls Sie Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen (Kapital, Rente) hatten: Höhe in Reichsmark und Anschrift des Versicherers (auch Geschäftszeichen)

c) Sind Sie Inhaber einer Reichsschuldbuchforderung oder haben Sie Vorzugsrente nach dem Anleiheablösungsgesetz bezogen? Wenn ja, ist eine Bescheinigung darüber bei der Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Bad Homburg v. d. H. auf Formblatt Nr. 1 a zu beantragen.

15. Falls politisch Verfolgter: F

a) Welche wesentlichen wirtschaftlichen Nachteile haben Sie erlitten?

b) Welche Unterlagen können Sie vorlegen?
(Bei Ausweisen und dergl. ist die ausstellende Behörde, das Datum und die Nummer anzugeben. Abschriften sind erwünscht.)

16. Welche Arten von Soforthilfe sind beantragt?
Hauskernumbau
Hausrathilfe
Wohnumbau

17. Haben Sie bereits bei einem anderen Amt für Soforthilfe einen Antrag gestellt? Wenn ja: Wann, wo und mit welchem Erfolg?

IV. Beantragte Soforthilfe

Nur vom Amt für Soforthilfe auszufüllen:

Unterhaltshilfe	—	Aufbauhilfe, nämlich:
Ausbildungshilfe	—	Existenzaufbau
Hausrathilfe	—	Wohnraumerstellung

17. nein

V. Einkommens- und Vermögensverhältnisse

18. Monatliches Reineinkommen aus der unter 5 angegebenen Erwerbstätigkeit. 200,- - 250,-

19. Welches sonstige Reineinkommen haben Sie monatlich ohne das unter 21 bezeichnete?
(z. B. auch aus Vermietung einschl. des vom Finanzamt anerkannten Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause, Untervermietung, Verpachtung, aus sonstigem Vermögen.)
Eigennutz mit 80,-

20. Welches eigene Reineinkommen haben die unter 10 genannten Angehörigen monatlich ohne das unter 21 bezeichnete?
(für jede Person getrennt angeben.)

21. Erhalten Sie bzw. die unter 10 genannten Angehörigen (oder erhielten Sie in der Zeit seit dem 1. 4. 1949)

a) Renten öffentlich-rechtlicher Art (z. B. Invaliden-, Alters-, Unfall oder Versorgungsrente, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenfürsorge und dergl.)

b) vertragliche Renten (z. B. von Versicherungsgesellschaften; vgl. wegen alter Ansprüche unter 14 b)

c) sonstige Zahlungen oder Sachleistungen (z. B. von Eltern oder Kindern — Altenteil — von dritter Seite?)

22. Welches Vermögen besitzen Sie und die unter 10 genannten Angehörigen jetzt und welche Schulden ruhen darauf?
(Nach Art und Wert genau bezeichnen; es kommen u. a. Grundstücke, bewegliches Vermögen, Wertpapiere, Forderungen, darunter auch Ansprüche aus Kapital- und Lebensversicherungen, in Frage.)

Empfänger	Art und Zeit der Leistung von welcher Stelle	Höhe monatlich DM
a)		
b)		
c)		

22. Besitzer Vermögensart Wert in DM

selbst Haus 17.500

ca. 45000,- Reichsmark

Umschuldungsgrundschulden.

VI. Leistungen aus öffentlichen Mitteln

23. Erhielten Sie seit dem 1. 4. 1949 oder erhalten Sie noch jetzt Leistungen der gesetzlichen offenen Fürsorge (bar oder in Sachwerten?) Wenn ja, von welcher Stelle und in welcher Höhe monatlich?

24. Erhielten oder erhalten Sie entsprechende Leistungen der geschlossenen Fürsorge: Wenn ja,

a) in welcher Anstalt?

b) Aufwand an Pflegekosten monatlich in der Zeit seit dem 1. 4. 1949

Vermerke

Die Bescheinigung — ist nach Formblatt 1a am beantragt und wird nachgereicht — wird beigelegt. 4/4/43
(Nicht Zutreffendes streichen)

angen. beim Kreiswohlfahrtsausschuss

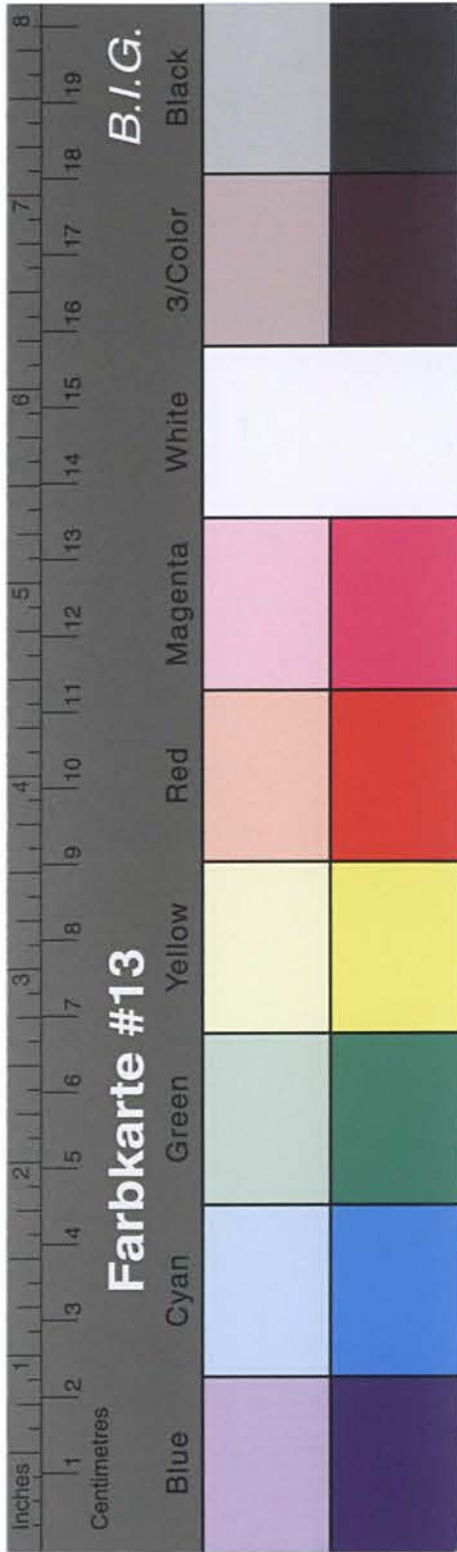
15. a) ja politisch Verfolgter (politisch) 10 Jahre lang keine Frau

b) Einkommensverlust durch Verlust von ca. 60.000,-

nein

nein

nein



Kreisarchiv Stormarn B2

25. Haben Sie oder die unter 10 genannten Angehörigen, abgesehen von der gesetzlichen öffentlichen Fürsorge und von Renten öffentlich-rechtlicher Art (vergl. 21 a), seit dem 8. 5. 1945 bereits andere Hilfe aus öffentlichen Mitteln laufend oder einmalig erhalten? Wenn ja, welche? <small>(z. B. Beihilfen, Darlehen, Bürgschaften, Anlaufbeihilfen usw. für Existenzgründung, Sonderzahlungen für Flüchtlinge, politisch Verfolgte usw.)</small>	25. <u>nein</u>	Vermerke
VII. Sonstiges		
26. Wohin soll im Falle der Bewilligung Zahlung geleistet werden? <small>(z. B. an Sie selbst, eine genau zu bezeichnende Bank, Sparkasse usw.)</small>	26. <u>Kreissparkasse Stormarn</u>	
27.	27. <u>Lebensstelle in Hausdorf</u>	
28.	28.	
29.	29. <u>Die Kreissparkasse Stormarn fordert</u>	
30. Haben Sie sonst wesentliche Angaben zu machen?	30. <u>Am 1. Jan. 1946 d. Umstellungsgrund: schulden bis zum 30. 11. 50 DM 807,13</u> <u>Sie bin nicht in der Lage auch nur einen Teil dieser Zinsen zu bezahlen.</u> <u>Dafte überweisen Sie von meinem Niederschlagsrechnungsanspruch die Hälfte</u>	
Ich versichere, daß die vorstehenden Angaben vollständig sind und in allen Teilen der Wahrheit entsprechen. Mir ist bekannt, daß ich durch unrichtige oder unvollständige Angaben den Anspruch auf Soforthilfe verliere und mich strafbar mache, ferner, daß ich infolge unrichtiger oder unvollständiger Angaben empfangene Leistungen zurückzuerstatten habe. Ich ermächtige die Steuerbehörden, über meine steuerlichen Verhältnisse, Sparkassen und Banken, über meine Vermögensverhältnisse Auskunft zu erteilen. Im Falle meines Todes sollen hinsichtlich bis dahin entstandener Ansprüche die unter 10 genannten Angehörigen bezugsberechtigt sein.		
Falls an Amtsstelle aufgenommen: Mit unterschrieben durch <u>Hausdorf</u> , den <u>18. Nov. 1950</u> <small>(Ort und Datum)</small>		
(Unterschrift) <u>Herrn Hans Seyffarth</u> <u>Frau Elisabeth Seyffarth</u> <small>(Unterschrift: Falls der Antrag für eine andere Person gestellt wird, ist hinzuzufügen, in welcher Eigenschaft der Unterschreibende handelt. Bevollmächtigte müssen Vollmacht abgeben.)</small>		
(Amtsbezeichnung)		
(Gemeindebehörde)		
(Geschäftszeichen)		
Urschriftlich mit		
an		
in		
weitergereicht.		
Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Angaben in diesem Hauptantrag und den Ergänzungsanträgen ist an vorgesehener Stelle vermerkt. Soweit die Nachprüfung hier nicht möglich war, ist dies kenntlich gemacht.		
Zu den Punkten wird folgendes bemerkt: **)		
Es wird — nach Anhörung des von der zuständigen Geschädigtengruppe namhaft gemachten Vertrauensmannes — vorgeschlagen: **)		
(Der Vertrauensmann empfiehlt abweichend hiervon: **)		
(Unterschrift)		

(* Den Stadtkreisen bleibt überlassen, den Geschäftsgang anderweitig zu regeln.
**) Nicht Zutreffendes ist zu streichen.

12

25. November 1950

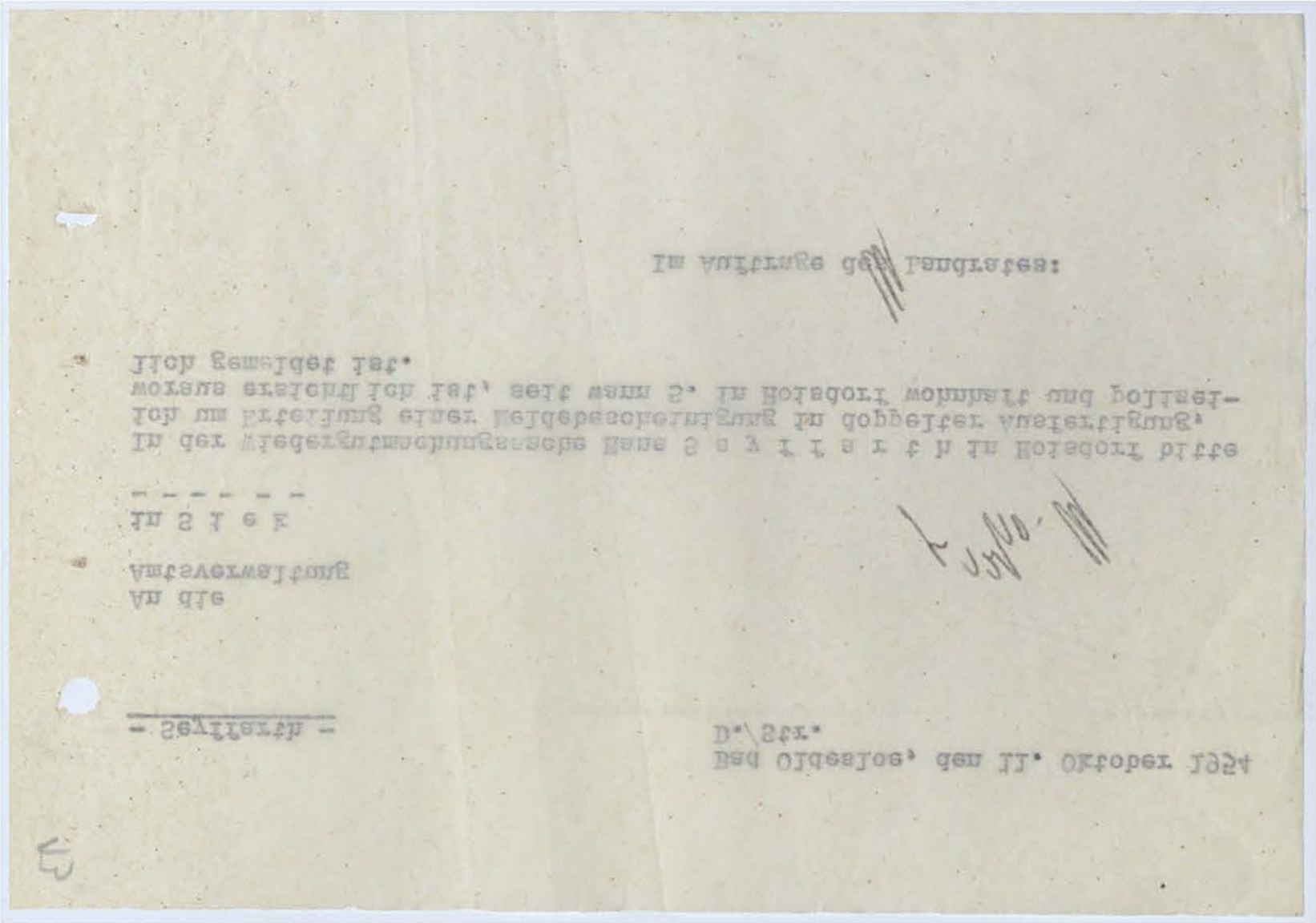
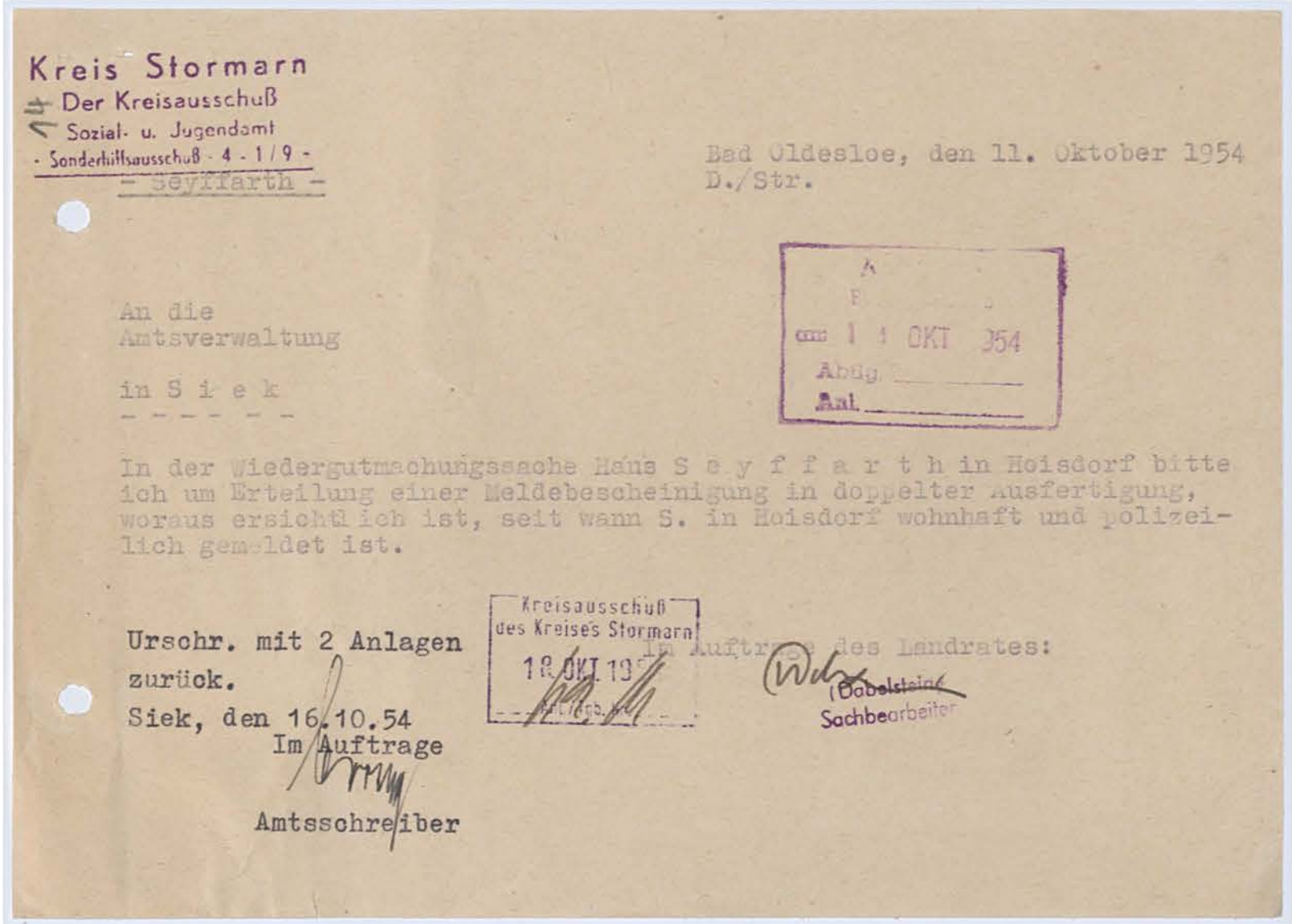
S.S.S. 0408

Seyffarth - D.K.

Herrn Hans Seyffarth in Hausdorf

In Ihrer Fürsorgeseche hat mir die Amtsverwaltung Siek Ihren Antrag auf Gewährung einer Beihilfe als Vorschuss von etwaigen Wiedergutmachungsansprüchen eingereicht. Ein Wiedergutmachungsgesetz für wirtschaftliche Schäden liegt noch nicht vor. Vorschüsse können hierauf somit auch noch nicht gezahlt werden. Ich bedauere daher ausserordentlich, Ihrem Antrage nicht entsprechen zu können.

Im Auftrage: [Signature]



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



15

Aufenthaltsbescheinigung

D er Hans Seyffarth
(Vor- und Zuname)

Beruf: Dentist

geboren am 12.3.1898 zu Rostock Mecklenburg
(Ort, Kreis, falls Ausland auch Staat)

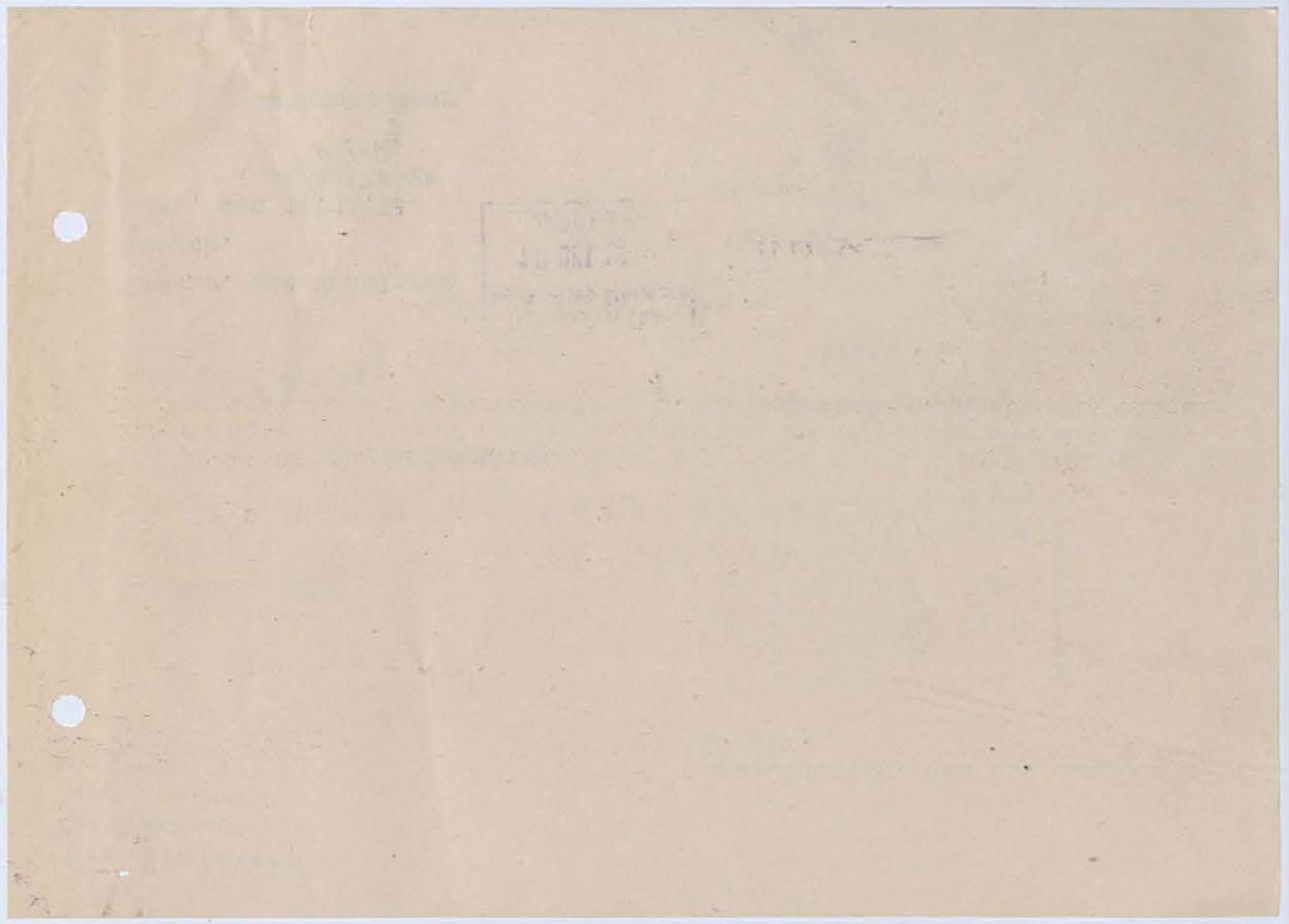
ist vom 31.7.1943 19 bis zum heute 19

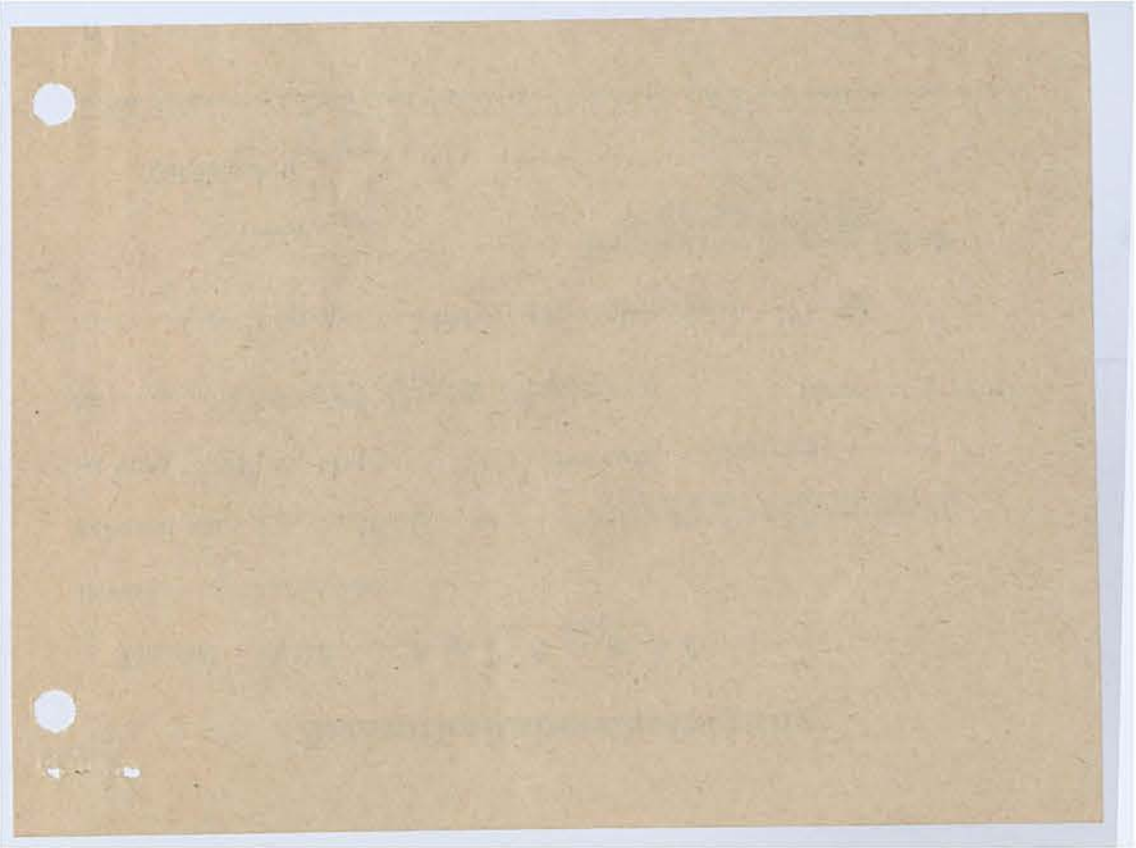
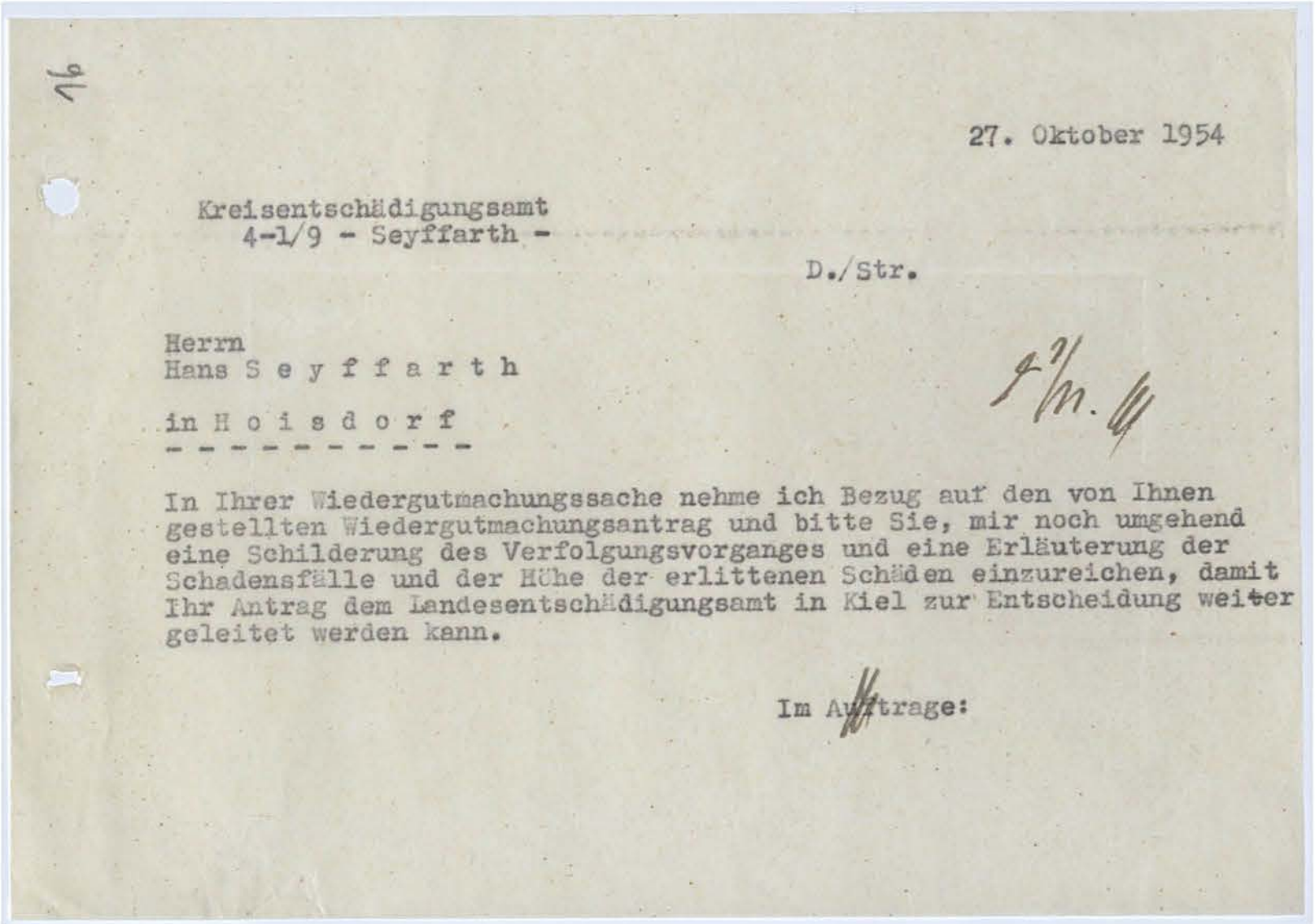
in Hoisdorf Kreis Stormarn gemeldet gewesen.
(Ort, Kreis)

S i e k, den 16. Oktober 19 54
(Stempel) (Bezeichnung der Meldbehörde)

(Gebührenfrei) Amtsverwaltung Siek
in Auftrag
(Unterschrift)

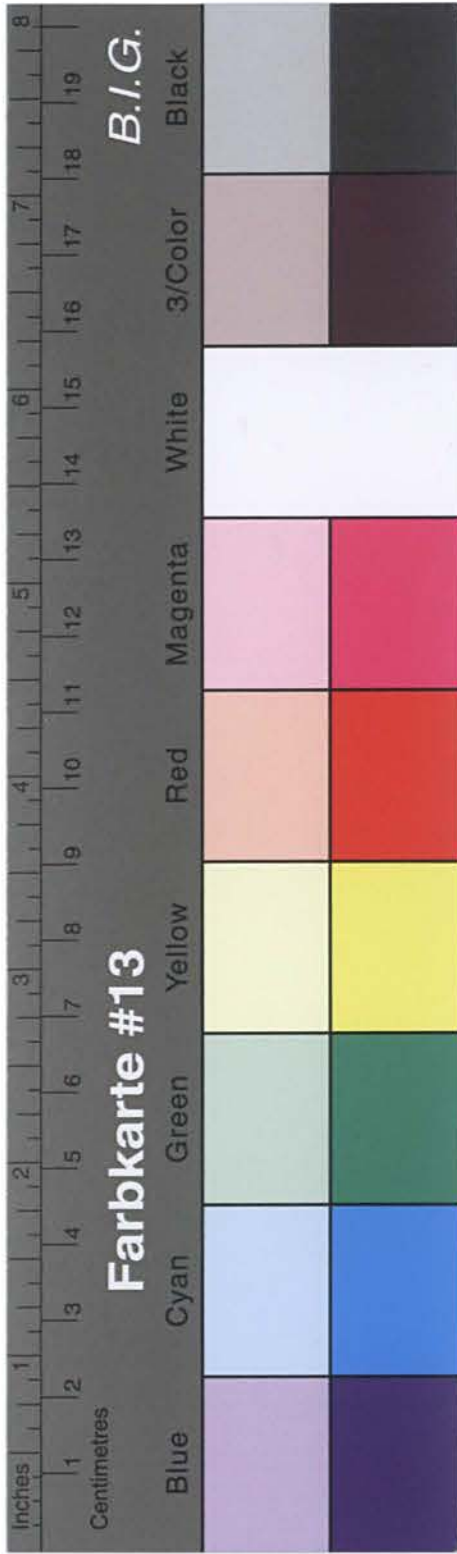
Nr. 2344. Aufenthaltsbescheinigung (Amtl. Vordruck d). — Paul Albrechts Verlag, (24a) Sandesneben, Bez. Hamburg



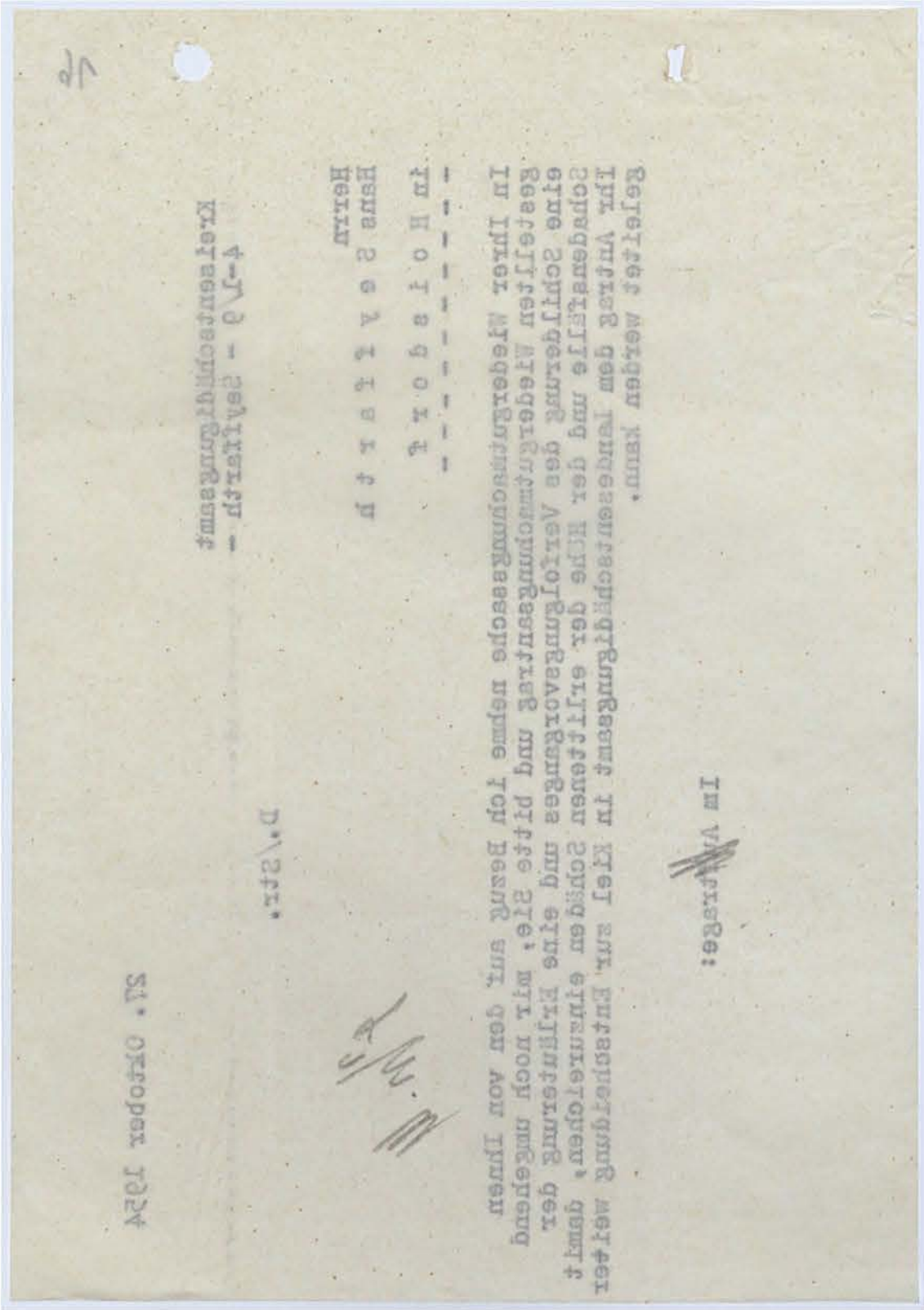


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen: 17

(Eingangsstempel)

Kreisausschuss
des Kreises Stormarn
29. SEP 1951
Anl./Teb. Nr.

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

mit Anlagen
Nr.
Empfangsbestätigung erteilt am

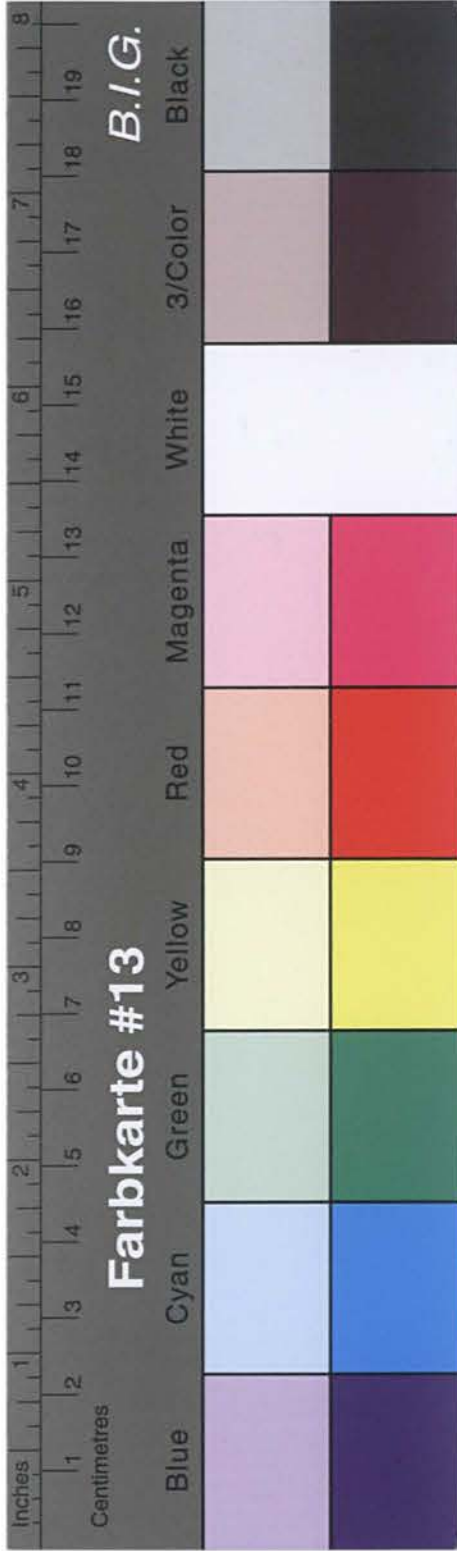
Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Seyffarth
Vornamen: Hans, Karl
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 12. 3. 98 in Rosdorf + Beckel
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Rosdorf in / Harmsburg
Ber. Harmsburg
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.
Anzahl der Kinder: 1 Alter der Kinder: 25 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch
2. Beruf: Zahnarzt
Erlerner Beruf: Zahnarzt
Jetzige berufliche Tätigkeit: Zahnarzt
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein
Wenn ja: Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: meine Ehefrau Elisabeth Seyffarth geb. v. d. Zyl (jüdischer Abstammung)

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: Elisabeth Seyffarth geb. v. d. Zyl
Vornamen: Elisabeth, Zyl
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): Rosdorf in / Harmsburg
Ber. Harmsburg
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am: entfällt
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
2. Beruf: Kaufmännisch (Bankbeamte von der Zyl)
Erlerner Beruf: Helferin in der Praxis meines Mannes
Letzte berufliche Tätigkeit: Helferin in der Praxis meines Mannes
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr.120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges *nicht nachgereicht*
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel *werden nachgereicht*

wurden bereits an _____ (Behörde) oder _____ (Gericht) (Aktenzeichen) _____ -Verfahren eingereicht.
zu _____

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unläuterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Holsdorf (Ort), den *29.9.54* (Datum)

Hans Seyffarth
Frau Elisabeth Seyffarth (Unterschrift)

Dem Antrag sind _____ Anlagen beigelegt, und zwar:

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

„Buchkunst“, Berlin W 35

Nachdruck verboten.

19

Kreisesentschädigungsamt
4-1/9 - Seyffarth -

An des
Landesentschädigungsamt
Schleswig - Holstein
in K i e l

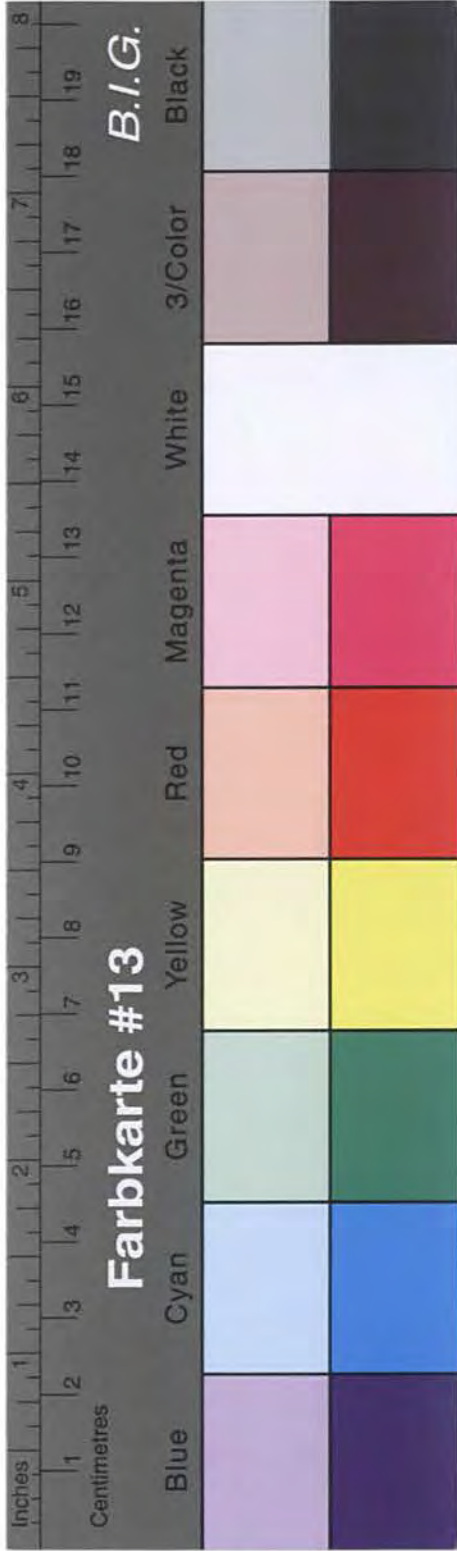
In der Wiedergutmachungssache des Zahnarztes Hans S e y f f a r t h in
Holsdorf
Akz.: ?

Überreiche ich anliegend den bei mir gestellten Wiedergutmachungsantrag nach dem BzG. mit der Bitte um die dortige Entscheidung. Die Erklärung ist mir erst jetzt in Ergänzung des am 29.9.54 gestellten Antrages eingereicht worden.

Im Auftrage: *[Signature]*

D./Str. *P. 28/102 H*

27. Dezember 1954



Kreisarchiv Stormarn B2

